

KONFERENZ DER LANDESFRAUENRÄTE KLFR 2010, Saarbrücken

An

- **Deutscher Bundestag**
- **Bundesregierung**

Antrag: Paritätische Ausgestaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung

Die Konferenz der Landesfrauenräte 2010 fordert den Bundestag und die Bundesregierung auf, sich für ein paritätisch finanziertes Versicherungssystem in der gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen. Eine Öffnung für freiwillige Zusatzangebote und die Minimierung des bisherigen Versorgungsniveaus ist abzuwenden.

Begründung/Hintergrund

Im Koalitionsvertrag wird als langfristiges Vorhaben formuliert, die GKV-Finanzierung neu auszugestalten. Ab 2010 soll eine Regierungskommission dazu tagen und dabei folgende Kernpunkte für die künftige Finanzierung des Gesundheitssystems berücksichtigen: Einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge, der Arbeitgeberbeitrag soll gedeckelt und eingefroren werden, die Krankenkassen sollen mehr Beitragsautonomie und regionale Differenzierungsmöglichkeiten erhalten.

Wird dies umgesetzt, werden die Lasten einseitig verteilt und zwar zu Lasten der Versicherten, die die Kostensteigerungen künftig alleine tragen müssten – unabhängig davon, ob es dann Zusatzbeitrag, Kopfpauschale oder Gesundheitsprämie heißt.

Die Ansätze im Koalitionsvertrag zeigen, dass die Kosten künftig sehr stark steigen. Insbesondere Frauen mit einem geringen Einkommen werden bei einer solchen Umsetzung nicht mehr die maximale Versorgungsleistung erhalten. Wenn viele sinnvolle Angebote, die jetzt noch in der GKV enthalten sind, nicht mehr inbegriffen sind und für diese Leistungen zusätzliche Kosten anfallen, wird es für Frauen mit niedrigem Einkommen nicht möglich sein, sich ausreichend abzusichern.

Die Vorhaben im Koalitionsvertrag stellen einen radikalen Bruch mit der Solidarität im GKV-System dar.